

Antrag 47/II/2023**FA IV - Kinder, Jugend, Familie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Mehr Generationengerechtigkeit durch die Berliner Jugendstrategie**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
 2 hauses von Berlin und des Berliner Senats werden aufge-
 3 fordert, für die Umsetzung der Berliner Jugendstrategie
 4 einzutreten. Dabei wird es im ersten Schritt darum gehen,
 5 das entsprechende Gremium zu schaffen und zum effektivi-
 6 ven Arbeiten zu bringen. Dabei muss auch das Begleitgre-
 7 mium aus Vertretungen der jungen Generation zusam-
 8 mengesetzt und konstituiert werden.

9

10 Im Rahmen der Berliner Jugendstrategie sollen für die
 11 junge Generation zentrale jugendpolitische Vorhaben dis-
 12 kutiert, bearbeitet und vorgebracht werden – immer
 13 mit dem Ziel, mehr Mitbestimmung für junge Menschen
 14 zu erreichen und so mehr Generationengerechtigkeit zu
 15 schaffen.

16

17 Hierbei werden unter anderem die Forderungen aus der
 18 Initiative „Jugend. Macht. Demokratie.“ Berücksichtigung
 19 finden müssen:

- 20 • Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
- 21 • Einführung eines Jugendchecks
- 22 • Politische Bildungszeit für Schüler*innen
- 23 • Verankerung von Beteiligungsrechten für Kinder
 24 und Jugendliche in der Landesverfassung und im Be-
 25 zirksverwaltungsgesetz
- 26 • Einbeziehung der Kinder- und Jugendparlamente
 27 oder anderer bezirklichen Beteiligungsstrukturen in
 28 alle politischen Fragestellungen auf Bezirksebene,
 29 bspw. als beratende Stimme für die BVVen
- 30 • Personelle Stärkung der zuständigen Verwaltung im
 31 Bereich politische Bildung junger Menschen
- 32 • Erarbeitung eines Kinder- und Jugendberichtes zur
 33 Lebenssituation junger Menschen
- 34 • Stärkung der bestehenden Strukturen zur Förde-
 35 rung von Kinder- und Jugendbeteiligung/politischer
 36 Bildung auf Landesebene, insbesondere die Berli-
 37 ner Jugendverbände, unsere Jugendbildungsstätten
 38 und den Jugend-Demokratiefonds
- 39 • Einführung eines Verbandsklagerechtes zur Durch-
 40 setzung des Beteiligungsanspruchs
- 41 • Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Schü-
 42 ler*innen
- 43 • Förderung einer demokratischen Unterrichtskultur,
 44 Initiativen zur Schaffung eines Kulturwandels inner-
 45 halb der Schule (z. B. durch Öffnung der Schule in
 46 den Sozialraum)

47

48 Wir teilen die formulierte Vision der Initiative „Jugend.

49 Macht. Demokratie.“: „Alle jungen Berliner*innen ent-
50 scheiden und gestalten das gesellschaftliche sowie poli-
51 tische Geschehen der Stadt gleichberechtigt mit.“

52

53

54 **Begründung**

55 Der Berliner Senat bekannte sich im Rahmen des Be-
56 schlusses zum Gipfel gegen Jugendgewalt zur Schaffung
57 der Berliner Jugendstrategie, eines Gremiums auf Senats-
58 bzw. Staatssekretäresebene. Durch dieses Vorhaben ge-
59 winnt der Gipfel gegen Jugendgewalt an Kontinuität. Der
60 zweite Gipfel gegen Jugendgewalt war der Auftakt für die
61 Jugendstrategie des Senats, die die Bedürfnisse der jun-
62 gen Generation in den Blick nehmen wird.

63

64 Zudem erarbeitete die Initiative „Jugend. Macht. Demo-
65 kratie.“, die aus Vertretungen der jungen Generation, von
66 Verbänden und der Verwaltung bestand, in den letzten
67 Monaten wichtige Forderungen. Die Initiative und die ent-
68 sprechenden Forderungen hatten bzw. haben zum Ziel,
69 die Stimme der Jugend in unserer Stadt zu stärken.

70

71 Diese Fäden gilt es nun aufzunehmen, an den weit-
72 reichenden Ergebnissen anzuknüpfen und damit längst
73 überfällige Veränderungen im Sinne einer echten Gleich-
74 berechtigung der jungen Generation zu erzielen. Dies
75 ist unerlässlich, um den berechtigten Ansprüchen junger
76 Menschen an Mitwirkung und Gestaltungsfreiheiten ge-
77 recht zu werden.